

vollzogen. Bis zum Kriegsende ist daher noch mit einem zusätzlichen Bedarf von weiteren Wohnungen zu rechnen. Auch der anhaltende erhebliche Zugang von Einwohnern erhöht den Wohnungsbedarf laufend.

Eine Gegenüberstellung der entsprechenden Zahlen des Wohnungsfehlbedarfes von der Reichshauptstadt und von Dessau läßt aufschlußreiche Vergleiche zu und zeigt im besonderen Maße den in Dessau vorhandenen außerordentlichen Wohnungsfehlbedarf. In Berlin entfällt auf 34 vorhandene Wohnungen 1 fehlende Wohnung, die durch eine Neubauwohnung ersetzt werden muß. In Dessau entfällt dagegen bereits auf 13 Wohnungen 1 fehlende Wohnung, die durch eine Neubauwohnung ersetzt werden muß. Die Lage Dessaus am Wohnungsmarkt gegenüber Berlin ist in diesen Zahlen nahezu dreimal so schlecht. Es ist deshalb verständlich, daß auch der Wohnungsbau während des Krieges in Dessau nicht zum Stillstand kam. Trotz der durch die Kriegslage bedingten erheblichen Einschränkungen auf allen Gebieten der Bauwirtschaft konnten in Dessau im Jahre 1940 über 1230 Neubauwohnungen bezugsfertig erklärt werden. Im ersten Viertel des Jahres 1941 sind ebenfalls bereits über 300 Neubauwohnungen fertiggestellt und bezugsfertig erklärt worden.

ABHILFE DURCH SONDER- REGELUNG

Infolge des Bevölkerungszuganges durch Zuwanderung und Geburtenüberschuß wird der Wohnungsfehlbedarf selbst bei einer stärkstens betriebenen Wohnungsbautätigkeit nach dem Kriege auf Jahrzehnte ständig anhalten, wenn dieser über den in ganz Deutschland weit hinausgehende Wohnungsfehlbedarf nicht durch ein Sonderprogramm mit Sonderregelung im Arbeitseinsatz und in der Baustoffbereitstellung behoben werden kann. Dabei ist besonders wichtig, daß die notwendigen Baustoffe kontingentmäßig von zentraler Stelle zur Verfügung gestellt werden. Mit Recht wird von der in Dessau ansässigen Industrie immer wieder auf die hiesige Wohnungsmarktlage hingewiesen.

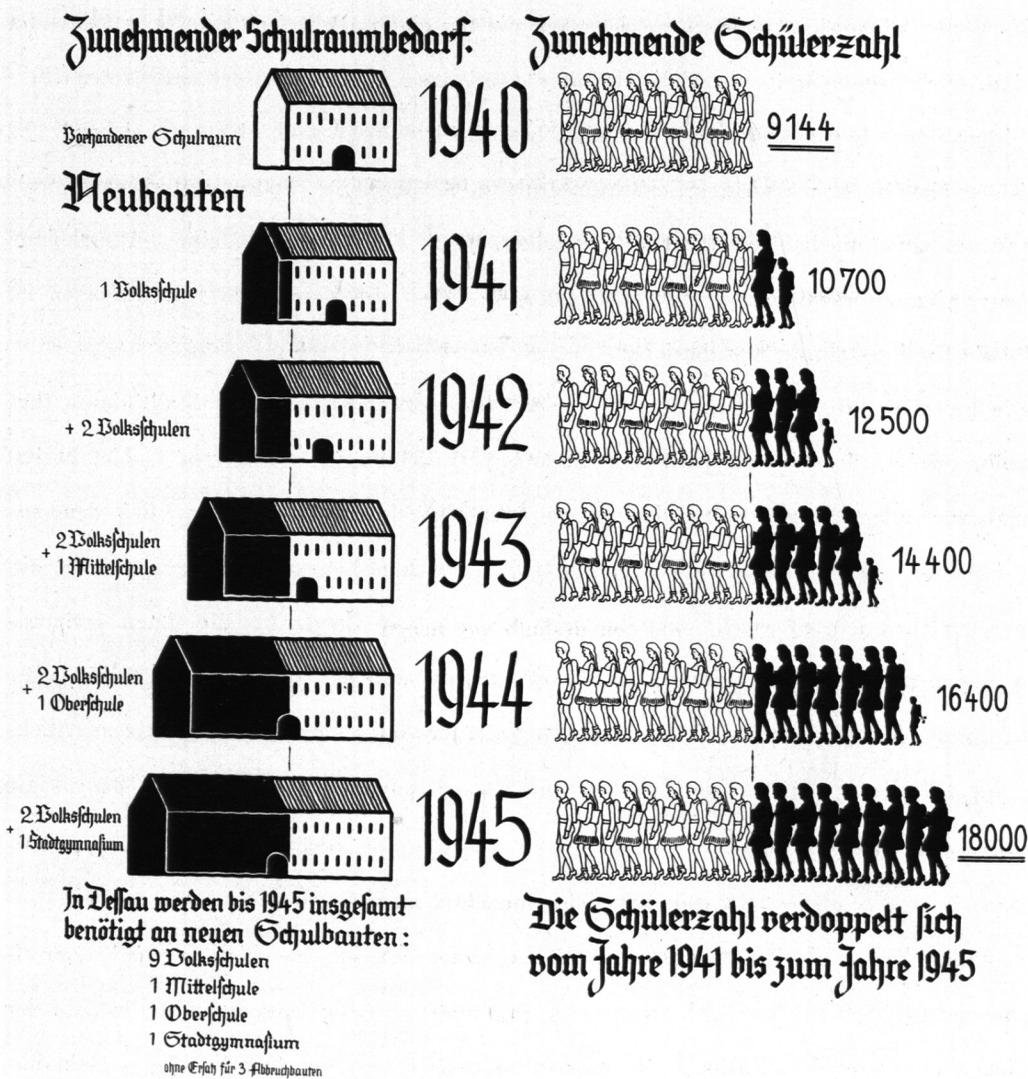
VERDOPPELUNG DER SCHÜLER- ZAHL IN 5 JAHREN

Im Schulwesen steht die Stadt schon deshalb vor neuen Aufgaben, weil sie erst kürzlich die bisherigen Pflichten des Landes Anhalt übernommen hat und Schulträger geworden ist. Wie auf allen Gebieten, so ist es auch im Schulwesen: es hat mit der bevölkerungsmäßigen Entwicklung nicht Schritt halten können. Die vorhandenen Schulgebäude sind jetzt schon unzureichend. Die Stadt steht vor Aufgaben, die bei normaler Entwicklung keine andere Stadt aufzuweisen hat. Sehr vorsichtig ausgewertete Unterlagen zeigen, daß die Zahl der in die Volksschulen neu eintretenden Schüler von 1941 mit 2413 ständig ansteigt bis 1945 auf 3126. Da die Zahl der in dem gleichen Zeitraum zur Entlassung kommenden Schüler teilweise sogar absinkt, zumindest aber gleichbleibt, steigt die Schüler-

zahl von 1941 jährlich um 1481 bis 1945 auf 2130 Schüler. Berücksichtigt man die nach Mittel- und höheren Schulen übergehenden Schüler, so steigt die Gesamtvolksschülerzahl — jetzt 9144 — von 1941 mit 10700 Schülern bis zum Jahre 1945 ständig an, und zwar auf 18000 Schüler. Es tritt also bereits innerhalb von fünf Jahren eine Verdoppelung der Schülerzahl ein, ohne daß der in Aussicht stehende weitere Zuzug an Einwohnern — und damit auch an Schulpflichtigen — überhaupt berücksichtigt wird.

Der jetzt zur Verfügung stehende Schulraum reicht bereits im Jahre 1942 nicht mehr aus, und zwar selbst unter den für hiesige Verhältnisse üblichen Maßstäben. Schon jetzt sind die einzelnen Klassen weit über den üblichen Durchschnitt besetzt, wodurch die Beschulung außerordentlich erschwert ist.

Das Anwachsen der Schülerzahl in den Volksschulen und die vordringlichen Schulneubauten



Es ist für die allernächste Zeit der Bau von neun Volksschulen, einer Mittelschule, einer Oberschule und einem Gymnasium notwendig; die Errichtung weiterer Volks- und Mittelschulen muß schon jetzt vorbereitet werden. Ein Ausbau der Berufsschulen und Berufsfachschulen ist ebenfalls erforderlich. Schließlich verlangen die Bedürfnisse der Industrie einen starken Ausbau der Gewerblichen Fachschule und ihre Umwandlung in eine Meisterschule des deutschen Handwerks. Auch hier ist der Raummangel bisher der alleinige Hinderungsgrund für eine Verwirklichung.

SOZIALE UND HYGIENISCHE BEDÜRFNISSE

Die kulturellen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung können in Dessau nicht mehr befriedigt werden. Es sind ein Theater — das als erstes Volkstheater im national-sozialistischen Reich errichtete und vom Führer im Mai 1938 eingeweihte „Dessauer Theater“ — und fünf Lichtspielhäuser vorhanden. Eine Varietébühne wurde erst kürzlich auf besonderes Betreiben des Gauleiters eröffnet. Es fehlen jedoch Anlagen für Sport und Erholung, Kampfbahnen, Plätze für Sport-, Volks- und Heimatfeste, Ausstellungs- und Konzerthallen sowie alle jene Einrichtungen, die für eine gute Freizeitgestaltung notwendig sind. Auch müssen weitere Lichtspieltheater, Gaststätten, Hotels usw. geschaffen werden.

Die sozialen, hygienischen und medizinischen Einrichtungen sind nicht ausreichend. Es fehlen ein Großkrankenhaus mit Schwesternhaus, Kinderheime, Badeanstalten, auch Freibadeanstalten, medizinische Bäder, Jugendherbergen, Hitler-Jugend-Heime, Altersheime, Unterbringungsmöglichkeiten für Obdachlose und Asoziale. Eine Fülle von Aufgaben ist in die Stadtgestaltung einzubeziehen.

Die Erstellung dieser Einrichtungen ist außerdem notwendig, weil die Stadt durch ihre kulturgeschichtliche Vergangenheit besondere Verpflichtungen auf diesem Gebiet besitzt und vor allen Dingen auch der zugezogenen Bevölkerung gegenüber. Bei den zugewanderten Arbeitskräften handelt es sich fast ausschließlich um Volksgenossen, die aus kulturreichen lebensfrohen Gauen kommen und die nun Ersatz für die ihnen verlorengegangenen kulturellen heimatlichen Werte finden wollen. Auch ist eine sehr große Zahl recht hochwertiger Facharbeiter und Angestellter von der hiesigen Industrie mit Rücksicht auf die zu leistenden Forschungsarbeiten herangezogen worden, die berechnete Ansprüche stellen.

GESCHAFTS- LEBEN

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Geschäftsleben: Dessau hat viel zu wenig Einzelhandelsgeschäfte. Im Vergleich zu der ständig wachsenden Einwohnerzahl ist die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte kaum nennenswert gestiegen. Der gesteigerten Nachfrage steht nur